

Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Amt für Wirtschaft und Finanzen

05.09.2011

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 05. September 2011 im Senatssaal**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 21:02 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Herr Braun  
Frau Bruns  
Herr Dr. Fassbinder  
Frau Görs  
Herr Kolbe  
Herr Liskow  
Herr Prof. Dr. Matschke  
Herr Mundt  
Frau Socher  
Herr Voß  
Herr Littmann                   i. V. für Herrn Dr. Kerath  
Frau Heinrich                   i. V. für Frau Schwenke

#### **Verwaltung**

Herr Feldt  
Herr Kaiser  
Herr Kremer  
Frau Meyer  
Frau Teetz  
Herr Wille  
Herr Wixforth  
Herr Maas  
Herr Hauck  
Herr Hochheim

#### **Gäste**

OZ  
Herr Heiden, Ortsteilvertretung  
Herr Bremer, Vertreter Anwohner H.-Heine-Str.  
Herr Beyer, Vertreter Anwohner H.-Heine-Str.

**Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beschlusskontrolle
- 4.1. Aktueller Stand "Stadthaus"
- 4.2. Gründung einer Energieerzeugungsgesellschaft Greifswald GmbH (EGG) durch die Stadtwerke Greifswald GmbH SWG und Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages 05/466  
**B287-15/11**  
*Dez. I, Beteiligungsmanagement*
- 4.3. Zustimmung zur Beteiligung der Stadtwerke Greifswald GmbH an der Nordostwerke GmbH 05/496  
**B288-15/11**  
*Dez. I, Beteiligungsmanagement*
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Änderungssatzung zur 10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2012 bis 2014 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2012 bis 2014) und 7. Änderung der Straßenreinigungssatzung B 1079-43/93 vom 25.11.1993 05/569  
*Dez. II, Amt 66*
- 5.2. Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Abwasserwerk der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/606  
*Abwasserwerk Greifswald*
- 5.3. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2011 05/605  
*Dez. II, Amt 60*
- 5.4. Beschluss zum Bau der Erschließungsanlage – Verlängerung der Straße „An den Gewächshäusern“ - und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung 05/584  
*Dez. II, Amt 60*

- |      |  |        |
|------|--|--------|
| 5.5. | Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung, die Abschnittsbildung und die Klassifizierung<br><i>Dez. II, Amt 60</i>   | 05/585 |
| 5.6. | Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung und die Klassifizierung<br><i>Dez. II, Amt 60</i>   | 05/586 |
| 5.7. | Klassenfahrten<br><i>SPD-Fraktion</i>  | 05/619 |
| 5.8. | Prüfauftrag zu Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bei der Realisierung des Modellprojektes ‚Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)‘<br><i>Fraktionen SPD, Die Linke, B90/Grünen</i> | 05/622 |
| 5.9. | Prüfauftrag - kurzfristige Realisierung eines behindertengerechten Zuganges zur Stadtinformation<br><i>CDU-Fraktion</i>  | 05/627 |
| 6.   | Informationen der Verwaltung   |        |
| 6.1. | Informationen zum Haushalt   |        |
| 6.2. | Prioritätenliste   |        |
| 7.   | Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder  |        |
| 8.   | Informationen des Ausschussvorsitzenden  |        |
| 9.   | Bestätigung des Protokolls vom 06.06.2011  |        |
| 10.  | Schluss der Sitzung  |        |

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Prof. Matschke eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern.

---

*Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Herr Prof. Matschke schlägt vor, die eingereichten Tischvorlagen unter den folgenden TOP zu behandeln:

TOP 5.9. Prüfauftrag- kurzfristige Realisierung eines Behinderten gerechten Zuganges zur Stadtinformation

TOP 5.10. Beantragung der Deckungsfähigkeit zwischen Ausgabe- und Einnahme-HH im Ordnungsamt, Einwohnermeldewesen

TOP 5.11. Pachtzinsreduzierung für überflutete Kleingartenvereine

Es wird keine Notwendigkeit gesehen, den TOP 3.7. - Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe Dienstfahrzeug Förster - im nichtöffentlichen Teil zu besprechen. Der TOP wird unter TOP 5.12. im öffentlichen Teil behandelt.

Auf den TOP 3.7. im nichtöffentlichen Teil wird stattdessen die Vorlage – Erwerb des Philipp-Müller-Stadions – gesetzt.

Herr Prof. Matschke ist von Herrn Pegel gebeten worden, den TOP 3.4. im nichtöffentlichen Teil in der gemeinsamen Sitzung am Donnerstag zu beraten. Hier sollen alle Aspekte in einer Sitzung behandelt werden. Neben der finanziellen Seite möchte der Kultur- und Bildungsausschuss auch sein Votum abgeben.

Die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt: **11 Ja-Stimmen**

---

*Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

keine

---

*Zu TOP: 4. Beschlusskontrolle*

---

Herr Voß nimmt ab 18:10 Uhr an der Sitzung teil. Damit sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

*Zu TOP: 4.1. Aktueller Stand "Stadthaus"*

Herr Poschmann informiert anhand einer Präsentation über den Vertragsstand der Planung, die Kosten- und die Terminüberwachung für das Projekt „Stadthaus“.

Die Darstellung wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zu TOP: *Gründung einer Energieerzeugungsgesellschaft Greifswald GmbH*  
4.2. *(EGG) durch die Stadtwerke Greifswald GmbH SWG und Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages*

Frau Teetz erklärt, dass die Gründung der Gesellschaft erfolgt ist und am 29.07.2011 in das Handelsregister mit dem beschlossenen Stammkapital eingetragen wurde. Momentan wird an der Trennung der Erzeugung und dem Vertrieb der Fernwärme gearbeitet.

---

Zu TOP: *Zustimmung zur Beteiligung der Stadtwerke Greifswald GmbH an der*  
4.3. *Nordostwerke GmbH*

Frau Teetz erklärt, dass die Zustimmung zur Beteiligung an der Nordost GmbH erfolgt ist. Der Tag der Eintragung war der 18.08.2011. Die Stadtwerke halten an den Nordostwerken eine Beteiligung von 28 %. Bestandteil des Beschlusses war, dass die Bestimmungen der Kommunalverfassung möglichst im Gesellschaftervertrag Aufnahme finden. Das war aufgrund des Minderheitsanteils nicht gänzlich umzusetzen. Der öffentliche Zweck wurde aber festgesetzt.

---

Zu TOP: 5. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

Zu TOP: *Änderungssatzung zur 10. Änderung der*  
5.1. *Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2012 bis 2014 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2012 bis 2014) und 7. Änderung der Straßenreinigungssatzung B 1079-43/93 vom 25.11.1993*

Herr Wixforth bringt die Vorlage ein.  
Die Straßenreinigungsgebühren sind geringer geworden. Wesentlich erhöht haben sich die Gebühren für den Winterdienst.  
Gebührensatztreiber war, dass die alten Gebührensätze Winterdienst künstlich zu niedrig waren, da in die Kalkulation Überdeckungen aus den beiden Vorjahren mit einzubeziehen waren. Danach gab es mehrere extreme Winterdienstperioden, die mit den zu niedrigen Gebührensätzen zur Unterdeckung führten. Bei der Kalkulation der Winterdienstgebührensätze werden die Winterdienstkosten der jeweiligen 3 Vorjahre herangezogen.

Herr Heiden fragt, warum die Vorlage erst jetzt nach 3 Monaten im Finanzausschuss besprochen wird. Weiter ist er der Meinung, dass die Ortsteilvertretungen bei diesem wichtigen Thema ein Mitspracherecht haben müssten. Warum wird nicht in zwei Jahresscheiben gerechnet. Im Vergleich zu anderen Städten, wie Stralsund oder Wismar, hält Herr

---

Heiden die Kostensteigerungen für bedenklich.

Herr Hochheim beantwortet die Fragen:

Da der Stand der zitierten Satzungen von Stralsund oder Wismar nicht bekannt ist, wäre es denkbar, dass die Winter noch nicht berücksichtigt wurden. Bei ähnlich starken Wintern könnte auch hier eine Kostensteigerung erfolgen.

Am 14.06.11 wurde die Vorlage im Senat behandelt, zwischenzeitlich gab es keine Sitzungen der Ausschüsse. Die Satzung soll am 01.01.2012 in Kraft treten, und die Bürger können noch rechtzeitig informiert werden. Weil diese Angelegenheit fast alle Bürger der Stadt Greifswald berührt, ist sie nicht speziell Sache einzelner Ortsteile. Die Kommunalverfassung wird so interpretiert, dass die von der Bürgerschaft gewählten Gremien hierfür zuständig sind. Abschließend erklärt Herr Wixforth, dass die dreijährige Kalkulationsperiode durch das Kommunalabgabengesetz vorgesehen ist. Grundsätzlich sollen extreme Spitzen ausgeglichen werden, damit die Gebührensätze nicht extrem schwanken. Der Verwaltungsaufwand wird auch reduziert.

Unverständlich sind die Einwände bei den Gebührensätzen.

Bei der Straßenreinigung (Sommerreinigung) werden explizit nach den Vorteilen die Gebühren kalkuliert. Der Wahrscheinlichkeitsmaßstab für den Vorteil ist die Häufigkeit der Reinigung, daher auch die unterschiedlichen Reinigungsklassen.

Herr Kolbe möchte Möglichkeiten wissen, um die Gebührenhöhe zu beeinflussen. Wenn zwei harte Winter hereinbrechen, dadurch die Gebühren überdurchschnittlich hoch und für 3 Jahre festgeschrieben sind, könnte in 3 Jahren Gewinn vorhanden sein. Die Gebühren müssten dann wieder stark gesenkt werden.

Frau Socher erklärt, dass sich in den letzten Jahren viele Bürger an die Ortsteilvertretung in Eldena gewandt haben, weil sie mit der Schneeberäumung unzufrieden sind. Um für alle die Gebühren zu senken, wurden in den letzten Jahren viele Straßen aus der Schneeberäumung herausgenommen. Inzwischen möchten die Bürger, dass einige Straßen in die Beräumung wieder eingeordnet werden, da der Zustand katastrophal ist. Gab es dazu bei der Stadt Anfragen und wurde sich schon etwas überlegt?

Herr Hochheim antwortet, dass es in der Vergangenheit Anfragen gab, bestimmte Straßen, insbesondere Anliegerstraßen, in den Winterdienst wieder mit aufzunehmen. Das resultierte daraus, dass die Stadt mit einem geringen Gebührensatz pro laufenden Meter konkurrieren konnte mit z. B. Anbietern am Markt. Es gab die Nachfrage, ob dieser vermeintlich günstige Kostenrahmen auf andere Straßen in Greifswald ausgedehnt werden könnte. Das wäre mit dem vorhandenen Personalsatz und der Technik nicht ohne Weiteres möglich gewesen und hätte auch zu Kostensteigerungen geführt.

Da aus der Nachkalkulation der letzten Winter ein erheblicher Zuwachs an Winterdienstkosten besteht, wäre eher zu erwarten, dass sich im nächsten Jahr der Wunsch verstärkt, aus dem Winterdienst herausgenommen zu werden.

Auf die Anfrage von Herrn Kolbe erklärt Herr Hochheim, dass die Stadt mit den neuen Gebühren für harte Winter gut gewappnet ist. Bei milden Wintern könnte man über Jahre aus den gesparten Aufwendungen nahezu zum Nulltarif Winterdienst anbieten.

Frau Socher spricht ein Problem der Ortsteilvertretung Eldena an, welches schon vor der Sommerpause an die Verwaltung herangetragen wurde und bittet um schnellstmögliche Beantwortung. Durch Versetzen des Ortseingangsschildes hinter der Schmiede in Eldena wurden bestimmte Bereiche in großer Härte in die Straßenreinigungsgebühr mit hineingerechnet.

Herr Wixforth prüft die Angelegenheit.

Die Vorlage wird im Anschluss der Diskussion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja-Stimmen, 3 Enth.**

---

*Zu TOP: Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Abwasserwerk der  
5.2. Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Frau Teetz bringt die Vorlage ein.  
Der Jahresabschluss weist zu den Vorjahren keine großen Besonderheiten auf. Das angewandte Bilanzmodernisierungsgesetz hatte keine großen Auswirkungen, ca. 11 T€. Ein leicht verbessertes Ergebnis liegt wegen einer erhöhten Abwassermenge vor. Die Zuführung an den Haushalt erfolgt in der vorgesehenen gebührenrechtlichen Höhe - Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6 %. Der Jahresabschluss ist geprüft und bestätigt. Inzwischen liegt auch die Freigabe vom Landesrechnungshof vor.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

---

*Zu TOP: Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2011  
5.3.*

Herr Hauck bringt die Vorlage ein.  
Laut Bürgerschaftsbeschluss ist die Anmeldung der Fördermittel besprochen worden. Für die Innenstadt wurden von den beantragten 8 Mio. € Fördermittel 6 Mio. € bewilligt. Die jeweils beantragten Mittel, so wie sie in der Prioritätenliste vorgesehen waren und beschlossen wurden, sind den entsprechenden Umsetzungslisten gegenübergestellt

worden.

Die Unterteilung in 4 Kategorien wurde beibehalten.

In der Kategorie A sind die laufenden nachweisbaren Maßnahmen, die sich bereits in einigen Bereichen reduziert haben.

In der Kategorie B befinden sich die Maßnahmen, die im Vorfeld schon als Folgemaßnahmen dargestellt wurden.

In Kategorie C sind Maßnahmen, die nach dem vorhandenen Mittelvolumen in eine entsprechende Rang- und Reihenfolge gebracht wurden.

In Kategorie D befinden sich die Maßnahmen, welche in Kategorie C nicht mehr umgesetzt werden können bzw. die sich zwischenzeitlich durch Bürgerschaftsbeschlüsse erledigt haben.

Nach der ausführlichen Erläuterung der Prioritäten- und Umsetzungslisten wird diskutiert.

Herr Dr. Fassbinder stellt den Antrag, die Nr. 7 – 1. BA Schützenwall – auf der Prioritätenliste in die Kategorie C der Umsetzungsliste aufzunehmen und das Multifunktionsgebäude weiter nach unten zu verschieben.

Herr Kaiser schlägt vor, die Finanzierungssumme für das Multifunktionsgebäude von 475 T€ in 300 T€ für das Multifunktionsgebäude und 175 T€ für den Schützenwall aufzusplitten, da die genauen Kosten für den Bau des Gebäudes noch nicht bekannt sind.

Herr Dr. Fassbinder schließt sich dem Vorschlag von Herrn Kaiser an. Der Vorschlag wird abgestimmt: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Abstimmungsergebnis der Vorlage : **9 Ja-Stimmen, 3 Enth.**

---

*Zu TOP: 5.4. Beschluss zum Bau der Erschließungsanlage – Verlängerung der Straße „An den Gewächshäusern“ - und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung*

Herr Kaiser erklärt, dass die Verlängerung der Straße Bestandteil des B-Plans 13 ist und Voraussetzung für die Erschließung der Wohngebietsstraße.

Da die Grundstücke noch nicht gebildet sind und noch keine Anlieger feststehen, werden deren anteiligen Kosten erst nach der Erschließung eingefordert.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

---

*Zu TOP: 5.5. Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung, die Abschnittsbildung und die*

### *Klassifizierung*

Frau Socher beantragt Rederecht für Herrn Bremer und Herrn Beyer. Herr Prof. Matschke stellt fest, dass niemand dagegen spricht.

Herr Bremer, als Vertreter der Anwohner „Heinrich-Heine Straße“, trägt die Argumente gegen den Ausbau vor:

Mit Schreiben vom 23.08.11 ist mitgeteilt worden, dass die Beschlussvorlage besteht. In der Sitzung der Ortsteilvertretung wurde festgestellt, dass es eine Straßenausbaubeitragssatzung gibt, in der die Beitragspflichtigen vor Beschlussfassung zu informieren seien. Laut Tagungs- und Sitzungskalender hätten die Anwohner aber nie die Chance gehabt, sich zur Problematik äußern. Die Anwohner sollen schließlich mit 75 % an den Kosten beteiligt werden. Es wird angenommen, dass der Ausbau im Zusammenhang mit dem geplanten B-Plan 88 steht. Die H.-Heine-Straße, vom oberen Abschnitt betrachtet, stellt die Zufahrtsstraße für den neuen B-Plan dar.

Die Sanierung der Entwässerung ist in der Planung und soll ebenfalls auf die Anwohner umgelegt werden.

Frage an das Tiefbauamt war gewesen, warum nur einzelne Teile der Straße saniert werden sollen. Kritisiert wird auch das unnötige Aufstellen eines Tempo-30-Schildes. Irritierend fanden die Anwohner, dass ihnen in Schreiben mitgeteilt wurde, während der Baumaßnahmen Grundstücksflächen zur Verfügung zu stellen bzw. ganze Grundstücksgebiete abzutreten.

Herr Beyer, ebenfalls Vertreter der Anwohner, stellt die Motivation für die Baumaßnahme infrage. Sollte es sich vordergründig um eine Erschließungsanlage handeln, dann wäre es eine Sammelanlage und damit innerhalb des Baugebietes eine öffentliche Straße.

Die Stadt erhält über den Verkauf der B-Plan-Grundstücke Erträge. Wenn es sich um eine Erschließungsmaßnahme handelt, müssten die Kosten auf die bevorteilten Grundstücke umgelegt werden und nicht auf die Anwohner der H.-Heine-Straße.

Für sein Dafürhalten handelt es sich bei der H.-Heine-Straße um eine Innerortsstraße und nicht um eine Anliegerstraße. Laut Satzung würden dann die Kosten statt der 75 % zwischen 50 % und 65 % je Baumaßnahme liegen. Da die Bereitschaft der Anwohner für einen Verkauf von Grundstücksflächen nicht vorliegt, wäre in Bezug auf die Planung nur ein einseitiger Gehweg möglich.

Herr Hochheim erklärt, dass nicht explizit darauf Bezug genommen wurde, was die Ortsteilvertretung besprochen hat. Als Beschlussempfehlung war vereinbart worden, gegebenenfalls eine Arbeitsgruppe zu bilden. Diese soll aus Ortsteilvertretern, Mitgliedern des Bauausschusses und der Verwaltung bestehen. Der Vorschlag wird jetzt aufgegriffen und am 06.09.11 dem Bauausschuss vorgestellt. Da die Beschlussfassung am 26.09.11 in der Bürgerschaft vorgesehen ist, wird nicht eingeschätzt, dass die im August zugegangene

Information verspätet erfolgte. Hier ist sogar eine Änderung zu den Vorjahren vorgenommen worden, in denen erst nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft informiert wurde.

Auf die hier angesprochenen Punkte möchte Herr Hochheim nicht detailliert eingehen. Diese werden, wie z. B. auch Erläuterungen zu den Ausbaustandards, im Rahmen der Arbeitsgruppensitzungen besprochen.

Beim B-Plan 88 ist der Eindruck erweckt worden, dass keine Erschließungsbeiträge vorgesehen sind. Die Stadt als Anlieger dieser Straße übernimmt einen erheblichen Anteil an den Straßenausbaukosten, die sie dann später auf die bevorteilten Grundstückseigentümer umlegen wird.

Es fehlt das Verkehrsaufkommen, um die Anliegerstraße zu einer Innerortsstraße zu machen. Die Anregung in Bezug auf das Tempo-30-Schild wird geprüft.

Frau Franz erläutert die Aufschlüsselung der Ausbaubeiträge. Dafür waren im Vorfeld 3 Abrechnungsabschnitte gebildet worden. Wegen der unverhältnismäßig hohen Beitragssätze im 1. Bauabschnitt wurde die Vorlage zurückgezogen, und es wurden 2 Abrechnungsabschnitte gebildet. Zu den Erschließungsbeiträgen für den B-Plan 88 wird ergänzt, dass diese anschließend über die Verkäufe ermittelt werden. Mit dem Ausbau der H.-Heine-Straße hat das nichts zu tun. Erschließungsbeiträge werden für Straßen erhoben, die noch nicht existieren, Ausbaubeiträge werden für Straßen erhoben, die erneuert werden.

In der anschließenden Diskussion begrüßt Frau Görs die Bildung einer Arbeitsgruppe, würde sich aber zukünftig wünschen, dass die Verwaltung im Vorfeld Anwohner mehr beteiligt und informiert.

Frau Görs stellt den Antrag, die Beschlussvorlage an die Verwaltung zurückzuverweisen und nach Klärung mit der Arbeitsgruppe erneut in die Ausschüsse zu gehen.

Der Antrag wird abgestimmt: **8 Ja-Stimmen, 4 Enth.**

---

*Zu TOP:  
5.6.      **Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung und die Klassifizierung***

Herr Kaiser erklärt, dass die Straße „An den Gewächshäusern“ wegen des desolaten Zustandes insgesamt in der Kritik steht. Sie soll von der Einmündung „Koitenhäger Landstraße“ bis zur Zufahrt „Elisenpark“ ausgebaut werden. Sie wird als Innerortsstraße klassifiziert, für deren Ausbau von den Anliegern anteilige Kosten von 50 % bis 65 % aufzubringen sind.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.  
Abstimmungsergebnis: **11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme**

---

Zu TOP: *Klassenfahrten*  
5.7.

Durch Herrn Littmann wird die Vorlage eingebracht.  
Die Schulsekretärinnen haben ein Problem damit, dass die Beträge, die Hartz IV Empfänger als Zuschuss für Klassenfahrten bekommen, an sie bar ausgezahlt und längerfristig verwahrt werden müssen. Die Schulen verfügen über keine eigenen Bankkonten.  
Außerdem müsste für unvorhergesehene Vorkommnisse eine Rechtssicherheit für Kinder und Eltern geschaffen werden.  
Er bittet, dass die Stadt zur Lösung des Problems Vorschläge erarbeitet.

Herr Hochheim weist darauf hin, dass die heutige Ausschusssitzung die erste in einer kreisangehörigen Stadt ist. Insoweit möchte der Einbringer die Vorlage präzisieren: ... von Klassen Greifswalder Schulen - in Schulträgerschaft der Stadt ...

Herr Wille erklärt, dass für die Lösung des Problems das Bildungsministerium zuständig wäre. Klassenfahrten werden von den Lehrern, die Angestellte des Landes sind, organisiert und nicht von den Schulträgern. Insofern liegt es in der Organisationspflicht des Landes, Vorsorge zu treffen.

Herr Prof. Matschke stellt abschließend fest, dass bezogen auf die genannten Punkte eine Präzisierung der Vorlage erfolgen muss. Diese kann dann weitergereicht werden.

---

Zu TOP: *Prüfauftrag zu Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bei der Realisierung des Modellprojektes ‚Aktivierungs- und Integrationszentrum für ältere Menschen (AIZ)‘*  
5.8.

Herr Wille informiert aus Haushaltssicht, dass er es grundsätzlich für problematisch hält, im Vorfeld Investitionszuschüsse zu leisten. Letztendlich ist das eine Frage der Risikoverteilung. Was gefördert werden soll, ist nicht der Bau, sondern der Betrieb dieser Einrichtung. Was ist, wenn der Bau vollendet wird, aber der Betrieb scheitert. Selbst das Land hat erhebliche Schwierigkeiten bei der Ausreichung solcher Investitionskostenzuschüsse und versucht sich in erheblichem Maß abzusichern.

Frau Heinrich möchte zur Diskussion stellen, dass dieses Projekt im Interesse der Stadt und ihrer Bürger sowie zeitgemäß und vorausschauend ist. Bürgerschaft und Stadt sollten darüber

---

nachdenken, in welcher Weise das Projekt unterstützt werden könnte.

Zum Abschluss der Diskussion erklärt Herr Hochheim, dass es sicherlich für das Projekt viel Zustimmung gibt und die Stadt ihren Prüfauftrag erfüllen wird. Dieser betrifft beide Haushalte, die es ab 2012 so nicht mehr gibt. Die Betriebskosten sind ein nicht unwesentlicher Aspekt, sind aber eher beim Landkreis belastet. Es müsste trotzdem stadtseitig über Betriebskostenzuschüsse nachgedacht werden. Bei Realisierung des Projektes sollte beim Landkreis nachgefragt werden, ob sich dieser als Aufgabenträger zusätzlich zur Stadt an den Kosten beteiligt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Linken und B90/Grünen wird abgestimmt. Die Variante der CDU ist eine Anlage.

**5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enth.**

---

*Zu TOP: 5.9. Prüfauftrag - kurzfristige Realisierung eines behindertengerechten Zuganges zur Stadtinformation*

Im Vorfeld hat es von der CDU eine kleine Anfrage gegeben. Herr Feldt informiert über das Ergebnis. Studenten haben sich als Touristen ausgegeben und die Stadt sozusagen auf den Prüfstand gestellt. Dabei haben behinderte Probanden festgestellt, dass sie mit dem Rollstuhl die Rampe zur Stadtinformation nicht passieren konnten. Abmessungen haben ergeben, dass der bisherige Zugang für Elektrorollstühle nicht geeignet ist.

Nach Diskussion wird der Prüfauftrag erteilt.  
Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

*Zu TOP 5.10. Beantragung der Deckungsfähigkeit zwischen Ausgabe- und Einnahme-HH im Ordnungsamt, Einwohnermeldewesen*

Herr Wille erklärt dazu, dass für den neuen und aufwendigen Personalausweis mehr Geld benötigt wird. Es wird nicht möglich sein, die Haushaltshaltstelle mit den Gesamteinnahmen, unter der auch andere Gebühren einfließen, als Deckungsquelle für außerplanmäßige Ausgaben heranzuziehen. Daher soll eine neue Haushaltsstelle gebildet werden. Die Deckungsfähigkeit muss durch den Hauptausschuss erklärt werden, weil die Bewertung ähnlich wie bei über- und außerplanmäßige Ausgaben ist. Da die Gebühren die Kosten des Ausweises decken, wäre es haushaltsmäßig ordnungsgemäß erledigt.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.  
Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP 5.11. *Pachtzinsreduzierung für überflutete Kleingartenvereine*

Herr Hochheim informiert, dass für Grundstückseigentümer, die durch das Hochwasser Schaden erlitten haben, 30 T€ bereitgestellt wurden. Die Antragsflut ist so hoch, dass nicht alle Anträge beschieden werden können, aber der überwiegende Teil.

Der Kreisverband der Gartenfreunde ist an die Stadt herangetreten, ob gegebenenfalls ihre durch Hochwasser entstandenen Schäden durch Pächterstattung gemildert werden könnten. Die Gärten konnten mehrfach in diesem Jahr nicht genutzt werden und die Ernten wurden teilweise zerstört. 6 Gartensparten sind davon betroffen.

Das Stadtbauamt hat mit den Gartenfreunden im Vorfeld Gespräche geführt. Überlegungen, wie die Bereitstellung von Sperrmüllcontainern, sind gescheitert, so dass man sich vorstellen könnte, die Hälfte des Pachtzinses für 2011 zurückzuzahlen.

Diese Idee wurde ebenfalls durch die CDU-Fraktion aufgegriffen und für gut befunden.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **11 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

Zu TOP 5.12. *Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe Dienstfahrzeug Förster*

Herr Kremer erklärt, dass es sich um ein 7 Jahre altes Auto handelt, welches mittlerweile sehr oft in der Werkstatt steht. Da sich die Ausfälle zukünftig häufen werden und damit die Kosten, soll ein neues geeignetes Fahrzeug angeschafft werden.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 6. *Informationen der Verwaltung*

Herr Hochheim informiert, dass die Polleranlage Wiecker Brücke erneut außer Betrieb ist. Es wird nach einer Möglichkeit für die Inbetriebnahme gesucht.

Frau Teetz informiert über die geänderten Regelungen in Bezug auf die Beteiligungen der Stadt durch das Inkrafttreten der neuen Kommunalverfassung M-V ab 05.09.2011.

Die Bürgerschaft wird sich im kommenden Jahr darauf einstellen müssen, die neuen Vorgaben in bestehende Gesellschaftsverträge einzuarbeiten und die Verträge anzupassen.

Für neue Beteiligungen gibt es eine neue Unternehmensform. Das Kommunalunternehmen ist als Anstalt des öffentlichen Rechts ausgestaltet. Möchte die Stadt sich neu wirtschaftlich betätigen, sind

bezüglich der Wahl der Rechtsform bestimmte Voraussetzungen zu beachten.

Positiv in der Neuregelung der Kommunalverfassung ist, dass für den Bereich Strom, Gas und Wärmeversorgung das Örtlichkeitsprinzip weggefallen ist, wir uns also auch überregional betätigen können.

---

*Zu TOP: Informationen zum Haushalt*

6.1.

Herr Wille erklärt, dass er zum Stand der Planung des Haushaltes und der Prioritätenliste wegen verschiedener Verzögerungen, die technische und inhaltliche Gründe haben, nicht ausführlich informieren kann.

Die Prioritätenliste in diesem Jahr wird wesentlich komplexer sein, als die vergangener Jahre. Dort wurde sich mit der Jahresscheibe des folgenden Jahres beschäftigt. Künftig werden im Haushalt die Ansätze für die darauffolgenden Finanzplanjahre mit veranschlagt, so dass die Betrachtung der Investitionen haushaltsmäßig nicht nur auf das Folgejahr bezogen wird, sondern auf den Finanzplanzeitraum.

Beispielsweise, ein Bauprojekt kostet 5 Mio. € und im nächsten Jahr sind nur 300 T€ fällig; in der Vergangenheit erschien das als ein scheinbar günstiges Projekt, welches in den darauffolgenden Jahren aber enorme Finanzmittel gebunden hat. Hier gibt es jetzt eine bessere Darstellung, die aber das Aufstellungsverfahren komplizierter macht. Der Verwaltungs- und der Vermögenshaushalt waren in der Vergangenheit weitestgehend abgeschottete Bereiche. Im Vorfeld konnte genau ermittelt werden, wie viel im Vermögenshaushalt zur Verfügung stand. Jetzt gibt es diese Grenze nicht mehr. Bei den laufenden Ein- und Auszahlungen gibt es ein Saldo und ist dieses negativ, wirkt sich das auf die Liquidität aus.

Der Haushalt soll in der Verwaltung gründlich diskutiert werden. In der Sondersitzung wird die Prioritätenliste vorgestellt und aushändigt.

---

*Zu TOP: Prioritätenliste*

6.2.

Wurde mit TOP 6.1. zusammengefasst.

---

*Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*

Frau Görs bittet, bei dem verliebenden Amt für Jugend abzufragen, welcher Bedarf für die Jugendarbeit in Greifswald vorhanden ist und was dafür in den Haushalt eingestellt werden müsste.

Die Jugendarbeit geht an den Kreis, aber die Bewirtschaftung des Hauses, darunter fallen die Sachkosten und Betriebskosten, bleibt bei der Stadt. Der Kreis kommt für die Personalkosten auf.

---

*Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden*

keine

---

*Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 06.06.2011*

Das Protokoll ist genehmigt.

---

*Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung*

Herr Prof. Matschke schließt die Sitzung.

---

Prof. Dr. Manfred Matschke  
Ausschussvorsitzender

Martina Meyer  
für das Protokoll